

P r o t o k o l l

der Sitzung des Sozialausschusses am 08. September 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Bittner	ab TOP 5.2
Herr Cymek	
Herr Kochhan	
Frau Lembke	
Frau Richter	
Frau Worm	
Herr Siperko	
Herr Uhlig	
Herr Ziola	
Frau Greyner	i.V. für Herrn Schmidt

Entschuldigt

Herr Schmidt
Frau Pridöhl

Verwaltung

Herr Dembski
Herr Scheer
Frau Gömer
Frau Kindt
Frau Bernsdorff
Frau Zenk
Herr Kasch

Gäste

Herr Bartels, ARGE
Herr Duschek
Herr Dr. Ballke, Kinderschutzbund
Frau Winter, Vertreterin Kleine Liga

Herr Lange, FGF-Bürgerliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Verabschiedung von Herrn Duschek
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Weiterführung der ARGE-Struktur auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund
Dez. III 05/324
- 5.2. Einführung eines Kinderbeauftragten
CDU-Fraktion 05/304
6. Information der Verwaltung
- 6.1. Stand Frauenhaus
- 6.2. Stand Behindertenforum
7. Informationen der ARGE
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 09.06.2010
11. Bestätigung des Protokolls vom 09.06.2010
12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung

17.00 Uhr: Herr Kochhan, der 2. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden eröffnet die Sitzung. Es sind 9 Mitglieder anwesend, damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Zu TOP: 2. Verabschiedung von Herrn Duschek

In der Sommerpause ist der Ausschussvorsitzende von allen Ämtern zurück getreten.
Herr Dembski, Herr Scheer und Herr Kochhan bedankten sich bei Herrn Duschek für die langjährige Mitarbeit im Ausschuss und den in den letzten zwei Jahren übernommenen Vorsitz und wünschen ihm auf dem weiteren Weg alles Gute.

Zu TOP: 3. Bestätigung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die ausgereichte Tischvorlage „Überprüfung der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft“ als TOP 5.3 auf die Tagesordnung zu nehmen. Über die Aufnahme in die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 x ja mehrheitlich

Dann wird über die veränderte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 x ja einstimmig

Zu TOP: 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Der AStA- Referent und der Präsident des Studierendenausschusses bemängeln den fehlenden Wohnraum für Studierende bei der kommunalen Wohnungsgesellschaft. Der AStA wollte eine WG-Börse initiieren, was aber bei der WVG auf kein Interesse stieß. Sie schilderten die derzeitige Situation und fragten, was die Stadt für die Studierenden im Bezug auf Wohnraum unternimmt.

Herr Dembski erklärt, dass das Wohnungsrückbauprogramm gestoppt wurde um preiswerten Wohnraum zu erhalten. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber auch, dass Wohnungen bei der WVG in den Neubauvierteln von Studierenden wenig nachgefragt werden. Das Wohnungsproblem stellt sich jährlich erneut und ist nach einer gewissen Zeit gelöst. Außerdem ist es schade, dass das Problem nicht schon vor vier Wochen an ihn direkt herangetragen wurde.

Um die Diskussion abubrechen und eine baldige Lösung zu finden, schlägt Herr Scheer vor, mit dem Dezernenten kurzfristig einen Termin

zu vereinbaren. Damit sind die AStA- Vertreter einverstanden.
Weiter Fragen von Bürgern wurden nicht gestellt.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1. Weiterführung der ARGE-Struktur auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund

Herr Dembski bringt die Vorlage ein.
Hintergrund für die Beschlussvorlage ist das Bundesverfassungsurteil, welches entschieden hat, dass die ARGEN nicht wie bisher weitergeführt werden dürfen. Die Gesetzesänderung tritt zum 1.1.2011 in Kraft, daher muss die Entscheidung getroffen werden, ob eine weitere Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit erfolgen soll oder das Optionsmodell für Greifswald in Frage kommt.
Von den bestehenden Handlungsmöglichkeiten aus gesehen ist die vorgeschlagene Fortführung der Zusammenarbeit mit der Bundesagentur Stralsund für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald am wirtschaftlichsten. Diese Zusammenarbeit wird zunächst bis zur Gebietsreform bestehen, falls dieses nicht gekippt wird.
In der Diskussion werden Fragen zu den Möglichkeiten weiterer Strukturen im zukünftigen Landkreis gestellt. Herr Dembski erläutert die Varianten.
Über die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 x ja mehrheitlich

Zu TOP: 5.2. Einführung eines Kinderbeauftragten

Herr Cymek bringt die Vorlage ein. Im Jugendhilfeausschuss ist zu der Beschlussvorlage keine Entscheidung getroffen worden.
Herr Cymek betont, dass sich der Beschlussvorschlag zunächst nur auf eine Änderung der Hauptsatzung bezieht, indem unter §14a „Kinderbeauftragter“ eingefügt wird. Er besteht auf ein Abstimmungsergebnis.
Herr Cymek beantragt für Herrn Dr. Ballke, den Vorsitzenden des Kinderschutzbundes, das Rederecht, welches von den Mitgliedern gewährt wird.
Dr. Ballke unterstreicht die Notwendigkeit eines Kinderbeauftragten, weil Kinder keine Kompetenzen haben, sich einzubringen. Der Kinderbeauftragte sollte alle Maßnahmen auf Kinderfreundlichkeit prüfen. Magdeburg könnte als Vorbild dienen. Bisher fehlen allerdings noch klare Definitionen für die Aufgaben eines Kinderbeauftragten. Die

werden mit Mitgliedern des Sozialausschusses vor der Bürgerschaftssitzung am 27.9.10 erarbeitet.

Der Kinderbeauftragte soll durch eine Person wahrgenommen werden, die bereits eine andere Beauftragtenstelle wahrnimmt.

Herr Scheer unterstützt den eingebrachten Vorschlag und hat bei gemeinsamen Beratungen mit dem LK Ostvorpommern den Vorschlag unterbreitet für den Großkreis einen Kinderbeauftragten als Stabstelle zu installieren.

Herr Dembski ist der Meinung, dass die Aufgaben, die der Kinderbeauftragte erfüllen soll, von der Familienbeauftragten abgesichert werden kann.

Frau Richter geht davon aus, dass die Spezifik eines Kinderbeauftragten über das Aufgabengebiet einer Familienbeauftragten hinaus geht.

Über die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

5 x ja, 5 x Enthaltung angenommen

17:50 Uhr Herr Dr. Bittner kommt, es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Zu TOP: 5.3. Überprüfung der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft

Herr Siperko bringt die Tischvorlage ein. Die Richtlinie ist zwei Jahre alt. In dieser Zeit haben sich die Kosten erhöht, so dass die Notwendigkeit der Anpassung besteht.

Herr Scheer hält die Vorlage aus Sicht der Verwaltung für legitim. Er weist auf inhaltliche Fehler in der Sachdarstellung hin. Eine Überprüfung der Kosten bis zum 31.10.10 ist zu kurzfristig, bis 31.12.10 wird als realistisch gesehen.

In der Diskussion wird zusammenfassend herausgearbeitet, dass die Verfügbarkeit von Wohnungen entsprechend der Richtlinie festgestellt werden muss.

Herr Dr. Bittner bittet darum auf einer der nächsten Sitzungen die Frage „In wieweit nimmt die WVG ihre Vorsorgepflicht wahr?“ zu thematisieren.

Herr Siperko bittet um Abstimmung der Vorlage ohne Datum zur zeitnahen Überprüfung.

Über die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 x ja, 1 x Enthaltung

Zu TOP: 6. Information der Verwaltung

Zu TOP: Stand Frauenhaus
6.1.

In einer stattgefundenen gemeinsamen Beratung am 01.09.10 mit OVP (Teilnehmer: Sozialausschussvorsitzende, Leitung Sozialämter), über die Herr Kochhan und Herr Scheer berichten, gab es keine klaren Aussagen. Die weitere Finanzierung des Frauenhauses durch OVP ist ungewiss, da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt.

Herr Scheer erläutert die mögliche Finanzierung durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, wobei eine Finanzierung über Tagessätze juristisch möglich, aber als nicht hinreichend praktikabel eingeschätzt wird. Greifswald will das Frauenhaus für die Betreuung Greifswalder Frauen über eine Pauschale finanzieren. Die Möglichkeit der Finanzierung über Tagessätze für Frauen von außerhalb bleibt eine Option.

Zukünftig sollte das Frauenhaus dem Großkreis zugeordnet werden mit Sitz in Greifswald. Dann besteht die Möglichkeit der Finanzierung über die Kreisumlage.

Zu TOP: Stand Behindertenforum
6.2.

Herr Scheer informiert darüber, dass die Abstimmung zur weiteren Finanzierung der laufenden Kosten mit dem Behindertenforum einnämlich geklärt ist. Der größte Teil der Kosten (Miete) wird durch Amt 51 getragen. Das Immobilienverwaltungsamt übernimmt teilweise die laufenden Kosten für Wartungsleistungen. Die genauen Regelungen werden in einem Vertrag festgeschrieben.

Herr Scheer unterstreicht, dass das Behindertenforum im Zuge der Gebietsreform unbedingt bei der Stadt bleiben sollte.

Zu TOP: 7. Informationen der ARGE

Herr Bartels erläutert die ausgereichten Kennzahlen. Es ist ein Rückgang bei den unter 25 Jährigen zu verzeichnen, bei den 0 bis unter 15 Jährigen ist der Rückgang nur moderat, keine Veränderungen hingegen sind bei der Anzahl der allein Erziehenden zu erkennen.

Diese Gruppe ist am schwersten aus dem Leistungsbezug zu bekommen, weil sie trotz einer Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt häufig Anspruch auf ergänzende Leistungen nach SGB II haben.

Dr. Bittner stellt Fragen zur Vermittlung von allein Erziehenden und Familien mit Kindern. Besteht zwischen einem weiteren Leistungsbezug trotz Arbeit und der Zahlung sittenwidriger Löhne ein Zusammenhang. Wird die ARGE Greifswald dagegen etwas unternehmen.

Herr Bartels erläutert die schwierige Situation, sittenwidrige Löhne nachzuweisen, deshalb wird die ARGE Greifswald keine Prozesse anstreben. Hier werden Wege gesucht, entsprechend des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt Qualifikationen anzubieten.

Außerdem gibt es ein Projekt der Betreuung von Kindern allein

Erziehender in Randzeiten. In diesem Zusammenhang fand eine Beratung mit Unternehmern statt, um auf die Vermittlung allein Erziehender auch im Schichtsystem hinzuweisen. Es ist geplant das Projekt Randzeitenbetreuung auszubauen.

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Kochhan bittet die Mitglieder, zukünftig nicht mehr von Hartz-4-Empfängern, sonder von SGB II-Berechtigten zu sprechen.

Weiterhin schlägt er vor, den Ombudsmann der ARGE in den Sozialausschuss zur Berichterstattung über seine bisherige Tätigkeit einzuladen. Herr Dembski weist darauf hin, dass der Ombudsmann in der nächsten Bürgerschaftssitzung berichtet und dieser Termin erst abgewartet werden sollte.

Herr Kochhan bezieht sich auf das Schreiben der Beteiligungsgesellschaft zur ABS, zwecks Gründung eines ABS-Beirates. Inzwischen fand eine Beratung statt, in der sich darauf verständigt wurde, dass es einen Beirat geben wird. Dazu wird in ca. 3 Wochen eine Satzung vorgelegt, die auch im Sozialausschuss behandelt werden soll.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 10. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 09.06.2010

Die beiden Antworten zu den Fragen zum KuS aus dem Protokoll vom 9.6.10 werden dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Zur Maßnahme TOP 7. aus dem Protokoll vom 28.4.2010 verliert Frau Bernsdorff die Antwort der Einwohnermeldestelle. Darin wird mitgeteilt, dass eine Ermittlung des Familienstandes „allein Erziehender“ mit der vorhandenen Software nicht möglich ist.

Herr Scheer informiert über den Stand des Abschlusses von Leistungsvereinbarungen für freiwillige Aufgaben im Bereich Soziales. Von 10 angeschriebenen Trägern lehnten 9 den Abschluss einer Leistungsvereinbarung ab, bzw. reagieren nicht auf das Anschreiben.

Herr Kochhan erinnert an die bisher nicht arbeitende AG „Sozialanalyse“. Ihm sind die Mitglieder nicht bekannt. Herr Scheer legt fest, dass das durch Amt 51 in Erfahrung gebracht wird und die Einladungen erfolgen werden.

Zu TOP: Bestätigung des Protokolls vom 09.06.2010
11.

Es gab keine Änderungswünsche.

Abstimmungsergebnis:
8 x ja, 2 x Enthaltung

Zu TOP: Schluss der Sitzung
12.

19:30 Uhr

Gregor Kochhan
stellv. Ausschussvorsitzender

K. Bernsdorff
für das Protokoll

Anlage 1: Antwortschreiben zu TOP 5.2 aus Protokoll vom 9.6.2010